



Integrationsausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Marlies Stotz (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2993	
	Ausschussprotokoll 17/410	
	<u>In Verbindung mit:</u>	
	Anzahl der Flüchtlingskinder und Qualität der Beschulung in den Landeseinrichtungen (s. Anlage 1)	
	Bericht der Landesregierung	
	Vorlage 17/1479	
	Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

- 2 Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** (*Fortsetzung des TOP am Ende der Sitzung nach TOP „Verschiedenes“ auf Seite 18*) **7**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558
- Ausschussprotokoll 17/424
- Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4470
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- 3 Quartalsbericht „Sachstand staatliches Asylsystem“** **9**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1480
- 4 Vollständige Weitergabe der Integrationspauschale an die Kommunen im Haushaltsjahr 2019** (*s. Anlage 2*) **12**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1481

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

- 5 Spurwechsel im Rahmen der aktuell stattfindenden Innenministerkonferenz des Bundes** (*s. Anlage 3*) **13**
- Bericht der Landesregierung

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) berichtet.

6 Verschiedenes 17**2 Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes
Nordrhein-Westfalen (Beginn des TOP aufgrund einer Beratungsunter-
brechung auf Seite 7) 18**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558

Ausschussprotokoll 17/424

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4470

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag von Berivan Aymaz (GRÜNE), die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu verschieben, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD ab.

Dem Änderungsantrag von CDU und FDP Drucksache 17/4470 stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD einstimmig zu. SPD und Grüne beteiligen sich nicht an der Abstimmung.

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung in der so geänderten Fassung stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Grünen zu.